

analyse & kritik

extra

ak – zeitung für linke debatte und praxis

Von wegen Atomausstieg: Nichts ist gut! Seite 2 Grüner Kapitalismus: der neue

Heilsweg aus der Krise Seite 2 Es geht um Selbstermächtigung. Interview mit „Castor? Schottern!“ Seite 3 Wir müssen

Kohle zur Geschichte machen Seite 3 Castor Stop – Gorleben soll leben! Seite 4

Neue Energiekämpfe



Foto: M. Mühlhaus/attenzione

ENERGIEKONZERNE ENTEIGNEN – ENERGIEPRODUKTION VERGESELLSCHAFTEN!

Energie in Deutschland bedeutet Atom und Kohle, Großkraftwerke und Großkonzerne. E.ON, Vattenfall, EnBW und RWE machen so jedes Jahr Milliardengewinne. Die Folgen sind bekannt: Die deutschen Kraftwerke blasen so viel Treibhausgas in die Luft wie kaum in einem anderen Land in Europa und heizen damit den Klimawandel an, sie sind mitverantwortlich für weltweit steigende Meeresspiegel, Hunger und Vertreibung. Jährlich kommen riesige Mengen atomaren Mülls hinzu, für die es keinen geeigneten Ort zur Lagerung gibt. Und in fast keinem anderen europäischen Land ist der Strom so teuer wie hier; zu teuer für viele wie die hohe Zahl an Menschen zeigt, denen jedes Jahr der Strom abgeklemmt wird.

Nach der Katastrophe von Fukushima und den Protesten von Hunderttausenden auf den Straßen bewegt das Thema Energie die Menschen in Deutschland. Aber wenn es nach dem Willen der Konzerne und der Politik geht, sollen sich mit der „Energiewende“ höchstens die Energieträger nicht aber die Profiteure

und EigentümerInnen im Energiesystem ändern.

Erneuerbare Strukturen

Bisher war das Interesse der Energieriesen an erneuerbaren Energien eher klein; magerer vier Prozent beträgt der Anteil der Konzerne an den Erneuerbaren. Nun sieht es jedoch immer düsterer aus für ihre Gewinngrundlagen aus Kohle und Strom. Während aller Voraussicht nach das letzte Atomkraftwerk 2022 abgeschaltet wird, wackelt auch das Kohlestandbein ordentlich. Mit der Einführung von Kosten für Emissionsrechte und dem vorläufigen Aus für Alibitechnologien wie die CO₂-Speicherung lohnt sich der Bau der Kohlekraftwerke kaum noch.

Wenn die Politik den Energiekonzernen in naher Zukunft im Bereich Kohle nicht doch noch zur Seite springt, werden sie um ihre Profite zu sichern, gezwungen sein, mehr in die Energieerzeugung aus Erneuerbaren zu investieren, um ihre Profite zu sichern. Schon heute zeichnet sich ab, dass sie dabei vor allem auf

Altbewährtes setzen: Großprojekte wie z.B. die Gewinnung von Sonnenstrom im nördlichen Afrika (DESERTEC) oder riesige Windkraft-Offshore-Anlagen. Dadurch soll die Energieerzeugung weiter zentralistisch organisiert und kontrolliert werden und den Konzernen weiter Milliardengewinne sichern.

Mit der Logik der Großtechnologien brechen

Dabei bieten die Erneuerbaren technisch die Chance, die Energieproduktion dezentral und flexibel und damit auch die Kontrolle über die Produktion und Versorgung kollektiv zu gestalten. Hier ist es wichtig, von links zu intervenieren: Denn die Frage einer ressourcenschonenden Energieversorgung ist nicht nur eine Frage der richtigen Energieform. Vielmehr müssen hier laut und deutlich Macht- und Eigentumsfragen gestellt werden: Wer produziert wie, wozu und zu welchem/wessen Nutzen Energie? Wie schaffen wir die Voraussetzung für ein gutes Leben aller?

Diente die bisherige Form der Energieerzeugung den Macht- und Profitinteressen der Energiekonzerne, müssen wir gemeinsam ein neues Energiesystem denkbar und umsetzbar machen, das mit dieser Logik bricht. Die Erzeugung, der Vertrieb und der Zugang von Energie sind Teil der sozialen Infrastruktur und sollen daher nicht als Ware ge- und verhandelt werden. Stattdessen müssen wir Strukturen schaffen, in denen alle Betroffenen gemeinsam über die Energieproduktion entscheiden können: AnwohnerInnen, VerbraucherInnen und Beschäftigte. Dies setzt voraus, dass wir die Macht der Energiekonzerne brechen und diese enteignen!

Notwendig ist der Aufbau von Alternativen: Schon heute werden an vielen Orten Kämpfe um ein gerechteres Energiesystem geführt. Menschen beginnen, ein sozial und ökologisch gerechtes und demokratisch-partizipatives Energiesystem aufzubauen. Dies kann viele Formen haben und muss jeweils den örtlichen Gegebenheiten angepasst sein. Schon heute entstehen viele Initiativen, die sich etwa für die Rekommunalisierung

der Energieversorgung einsetzen. Das ist ein erster Schritt, um die Macht der Energiekonzerne anzugreifen. So war in Hamburg gerade ein Volksbegehren für die Rekommunalisierung der Stromnetze erfolgreich.

Auch in Berlin hat sich mit dem „Energietisch“ ein breites gesellschaftliches Bündnis gegründet, das ein Volksbegehren zur Rekommunalisierung der Stromnetze und für den Aufbau eines Stadtwerkes anstrebt, das dezentralen Strom aus erneuerbaren Energien als Grundversorgung für alle produziert. Verwaltungsräte des Stadtwerkes sollen direkt gewählt werden und in öffentlichen Versammlungen sollen alle BerlinerInnen über die Entscheidungen des Stadtwerkes bestimmen können. Schon jetzt ist klar, dass dies auf Widerstand von Vattenfall, dem großen Player im Berliner Energiebereich, treffen wird. Hier können sich Handlungsspielräume für konkrete Aktionen öffnen. Energiekonzerne schottern!

**Fels
Für eine linke Strömung**



Nichts ist gut!

Der Atomausstieg 2.0 bedeutet elf Jahre weiter Atomenergie

Am 8. Juli 2011 hat der Bundespräsident das neue Atomgesetz unterschrieben. Acht Atomkraftwerke wurden damit stillgelegt, die Laufzeitverlängerungen zurückgenommen. Neun AKWs aber bleiben weiter am Netz, die letzten drei dürfen bis Ende des Jahres 2022 weiterlaufen. In der Atomgesetznovelle beschreibt die Bundesregierung das Ausstiegsjahr 2022 als „frühestmöglichen Zeitpunkt“.

In der Gesetzesbegründung behauptet die Bundesregierung gar, dass „ein vollständiger Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie (...) faktisch vor dem Jahr 2022 nicht möglich ist“. Belege für diese Behauptung findet man weder im Gesetz, noch hat die Bundesregierung ihren Ausstiegsfahrplan durch Studien untermauert.

Nicht unumkehrbar und nicht gerichtsfest

Wie schon im rot-grünen Atomausstieg richten sich die AKW-Restlaufzeiten nach den Profitinteressen der Betreiber. In der Gesetzesbegründung heißt es dazu: „Auch die nunmehr vorgesehene zeitliche Befristung der Berechtigung zum Leistungsbetrieb ist (...) so ausgestaltet, dass die von dieser Regelung betroffenen Unternehmen nicht unverhältnismäßig belastet werden und den Betreibern eine Amortisation der Investitionen sowie die Erzielung eines angemessenen Gewinns weiterhin ermöglicht wird.“

Deutschland steigt aus. Zehn Jahre nach dem rot-grünen Pakt mit den Energiekonzernen wurde wieder einmal das Ende der Atomkraft beschlossen. Jetzt ist alles gut, will uns ein breites Bündnis von Union bis Grünen glauben machen. Doch der „Atomkonsens 2.0“ bedeutet elf weitere Jahre Atomenergie in Deutschland. Mindestens.

Dafür sei der „Ausstieg“ aber zumindest unumkehrbar. Mit diesem Argument begründeten die Grünen auf ihrem Parteitag Ende Juni 2011 ihr „Ja“ zum Merkelschen Atomkompromiss: „Für uns Grüne ist der breite Konsens möglichst aller politischen Parteien im Bundestag für den Ausstieg aus der Hochrisikotechnologie Atom ein Wert an sich. Damit wird ein erneutes Aufbrechen der Vereinbarung politisch nahezu unmöglich.“ Ein Blick in die Neuerungen des Atomgesetzes lässt Zweifel aufkommen.

Die Gesetzesbegründung ist schlammig geschrieben und mit Blick auf mögliche Klagen der Energiekonzerne nicht gerichtsfest. Wolfgang Renneberg, der

ehemalige oberste Atomaufseher im Bundesumweltministerium, gab in der Anhörung des Bundestags zur Atomgesetznovelle zu Protokoll: „Meine Voraussage ist: Wenn das nicht geändert wird, dann wird es den Betreibern nicht schwerfallen, dieses Gesetz zu kippen.“

Zuständig für die Atomgesetznovelle im Bundesumweltministerium war Rennebergs Nachfolger Gerald Hennehöfer. Eben jener Hennehöfer, der ein Jahrzehnt zuvor für den Energiekonzern Viag, einem Vorläuferunternehmen von E.ON, den rot-grünen Atomkompromiss aufseiten der Atomkonzerne verhandelt und sich über die Jahre den Ruf eines ausgewiesenen Atomlobbyisten erworben hatte.

Dazu kommt: Der stufenweise Ausstiegsfahrplan ist so gestrickt, dass auch im Jahr 2021 noch sechs Atomkraftwerke am Netz sind. Zehn Jahre nach Fukushima ist in der dann anstehenden Bundestagswahl ein erneuter parteipolitischer Stimmungswandel nicht auszuschließen. Am Rande des Grünen-Parteitags waren schon fiktive CDU-Wahlkampfplakate aus dem Jahre 2021 zu sehen: „Stromversorgung sichern! Laufzeitverlängerung jetzt!“

Rettungsschirm für Energiekonzerne

Aber tut die Bundesregierung nicht alles, um ein solches Szenario auszuschließen und die Energiewende zu beschleunigen? Im Oktober 2011 verspricht sie in bun-

desweit geschalteten Zeitungsanzeigen „Neue Energie für Deutschland!“, im Juni 2011 hatte sie dazu ein Gesetzespaket vorgelegt. Die im Rekordtempo durch den Bundestag gepeitschten Beschlüsse jedoch offenbaren: Beschleunigte Energiewende à la Schwarz-Gelb bedeutet zuvorderst einen Zubau von Kohle- und Gaskraftwerken. In den Jahren 2013 bis 2017 sollen bis zu 15 Prozent der Investitionskosten für fossile Kraftwerksneubauten bezuschusst werden.

Trotz einer Niederlage im Bundestag setzt Schwarz-Gelb auch weiter auf die vermeintliche Zukunftstechnologie der CO₂-Abtrennung und -Speicherung (CCS). Aber auch diese womöglich etwas emissionsärmeren Kohlekraftwerke würden mit Betriebszeiten von vierzig Jahren den Entwicklungspfad hin zu einer erneuerbaren Vollversorgung buchstäblich verbauen. Ganz abgesehen von den Risiken der unterirdischen CO₂-Endlagerung und des Abbagerns von Dörfern bei der Braunkohleförderung.

Letztlich ist dies aber nur konsequent. Denn die Ausbauziele für erneuerbare Energien blieben die des alten Energiekonzepts vom Herbst 2010. Bis zum Jahr 2020 sollen 35 Prozent der Stromversorgung aus erneuerbaren Quellen stammen. Im Zentrum des Energiekonzepts 2010 stand jedoch die AKW-Laufzeitverlängerung. Deren zwischenzeitliche Rücknahme ging nicht einher mit ambitionierteren Zielen beim Ausbau erneuerbarer Energien. Weniger Atomstrom im Jahr 2020 bei unveränderter Zielsetzung für den Ausbau erneuerbarer Energien bedeutet aber zwangsläufig eine Steigerung des Anteils fossiler Kraftwerke bei der Stromversorgung. Bezüglich der Erneuerbaren setzt die Regierung zudem zunehmend auf kapitalintensive Anlagentypen wie Offshore-Windparks und große Biogasanlagen. Ein Rettungsschirm für die Energiekonzerne?!

Das kurze Intermezzo der AKW-Laufzeitverlängerungen wurde beendet, und das ist gut so. Die „Neue Energie für Deutschland“ ist aber erstmal die Alte aus der Zeit vor der atompolitischen Irrfahrt der Bundesregierung. Deswegen gilt auch diesen Herbst wieder: Auf ins Wendland!

Bernd Brouns



Castor schottern 2010. Auch in diesem Jahr geplant.

Foto: M. Mühlhaus/attenzione

Fukushima: Katalysator eines grünen Kapitalismus?

Für Energiedemokratie statt ökologischer Modernisierung

Die gesellschaftlichen Konflikte nach Fukushima haben als Katalysator eines grünen Projektes gewirkt, das die kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse ökologisch erneuern könnte. Die Kampagne „Castor? Schottern!“ richtet sich zurecht gegen die vier großen Stromkonzerne in Deutschland und das durch sie verkörperte fossil-nukleare Energieregime. Doch die emanzipatorische Linke muss sich auch mit den Ansätzen zu einem grünen Kapitalismus auseinandersetzen und ihnen eine demokratische Energiewende von unten entgegenstellen.

Seit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise vor drei Jahren diskutiert der gesellschaftliche Mainstream verstärkt darüber, ob nicht ein massiver Ausbau „grüner“ Technologien die Akkumulationskrise des Kapitals, aber auch die Klima- und Energiekrise lösen könnte. Zugleich verspricht ein solches Projekt, die in der Krise brüchig gewordene Hegemonie des herrschenden Systems zu erneuern.

Ob es nun „Green New Deal“, „Green Economy“ oder „Green Growth“ genannt wird – eigentlich soll alles so bleiben, wie es ist. Neuerdings nur eben „grün“. Auch manche linke Diskussionsbeiträge haben in den letzten Jahren schon den grünen Kapitalismus am Horizont gesehen. Doch der wird sich höchstens in einem langfristigen und unkämpften Transformationsprozess durchsetzen und muss zunächst die Dominanz des fossil-nuklearen Energieregimes überwinden.

Die gegenwärtigen Umbrüche im deutschen Energiesystem könnten sich als wichtiger Meilenstein in einem solchen Prozess erweisen. Denn in diesem Sektor hat sich eine erstarkende „grüne“ Kapitalfraktion

auf Grundlage erneuerbarer Energien herausgebildet. Seit Jahren wird eine ökologische Modernisierung in Deutschland vorangetrieben. Und die spezifische Form der multiplen Krise in Deutschland kann dafür durchaus als begünstigender Kontext gelten, in den nun der Super-GAU in Fukushima hineingeplatzt ist.

Gesellschaftliche Umbrüche

Ganz unterschiedlichen Akteuren wie Unternehmen, ökologisch orientierte Stadtwerke oder Umweltverbände, die alle an einer grünen Modernisierung interessiert sind, ist es in dieser Situation gelungen, auf ihre Weise zum jüngsten „Atomausstieg“ beizutragen. Hintergrund dieses Erfolges ist, dass in den letzten Jahren die Erneuerbare-Energien-Branche sowie auch die liberal-ökologisch orientierten Teile der Mittelklassen an gesellschaftlichem Gewicht gewonnen haben. Darüber hinaus haben sich größere soziale Gruppen entwickelt, die einen unmittelbaren ökonomischen Nutzen aus den Ökotechnologien ziehen: Mitglieder in Energiegenossen-

schaften, AnlegerInnen in „Nachhaltigkeitsfonds“, private BetreiberInnen von Erneuerbaren-Anlagen und viele mehr. Im Parteienspektrum gelingt es den Grünen am besten, sich als die Repräsentantin dieser Interessen aufzustellen.

Auch wenn sich die Inhalte des neuen Energiepakets der Bundesregierung (Atomausstieg, Erneuerbare-Energien-Gesetz u.a.) nicht wesentlich von den Plänen der Vorgängerregierungen unterscheiden, bedeuten die politischen Prozesse hinter diesen Gesetzen dennoch eine Vertiefung und Verbreiterung des grünen Projektes. Denn im Zuge von Fukushima haben die veränderten gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nachhaltig die Modernisierungsflügel in Parteien und Staatsapparaten gestärkt.

Damit könnte die ökologische Modernisierung des Kapitalismus über die Grünen und das Umweltministerium hinaus zu einem von zentralen Apparaten getragenen Staatsprojekt werden. Vor diesem Hintergrund wird auch die massive Staatsintervention der Regierungsparteien zur Stilllegung mehrerer AKWs erklärbar. Zugleich

privilegiert die Regierung erneuerbare Großtechnologien wie die Offshore-Windenergie. Davon profitieren insbesondere die großen Stromkonzerne, die zwar noch möglichst viel aus ihren fossilen und nuklearen Kraftwerken rausholen wollen, aber auch schon Pläne für massive Investitionen in Windparks in Nord- und Ostsee haben.

Dass tatsächlich einige AKWs abgeschaltet wurden, war einerseits der Erfolg der massenhaften Anti-Atom-Proteste. Andererseits wurden deren Forderungen von den Herrschenden aufgegriffen, um ein kapitalistisches Modernisierungsprojekt voranzutreiben und gleichzeitig ihre Machtbasis zu reorganisieren. Indem die kritischen Mittelklassen in den neuen Anti-Atom-Konsens einbezogen wurden, konnte eine drohende politische Krise verhindert werden, ohne dass die grundlegenden Ursachen der multiplen Krise des Kapitalismus damit gelöst wären.

Emanzipatorische Energiepolitik

Was bedeuten diese widersprüchlichen Entwicklungen nun für die Anti-Atom-Bewegung und die emanzipatorische Linke? Müssen wir alle Ansätze der sogenannten Energiewende offensiv kritisieren oder sollten wir besser an der fortschrittlichen Ausgestaltung des grünen Kapitalismus mitwirken? Weder noch.

Oder besser: sowohl als auch. Denn im Sinne einer revolutionären Realpolitik müsste es darum gehen, sich in die konflikthafte Durchsetzung der Energiewende einzumischen und zugleich gegen ihre Integration in ein kapitalistisches Modernisierungsprogramm echte Energiedemokratie einzufordern.

Unter den herrschenden Bedingungen droht sich ein grünes Projekt durchzusetzen, das durch miese Arbeitsbedingungen bei den Erneuerbaren und hohe Strompreise gekennzeichnet ist, das Hochspannungsleitungen gegen die Bedürfnisse von AnwohnerInnen durchboxt, das auf Großtechnologien wie Offshore und DESERTEC basiert, das Großkonzernen enorme Profite beschert und zum Motor eines neuen kapitalistischen Wachstums wird.

Dagegen muss die Linke kämpfen für ein Energiesystem, das mit den herrschenden Formen kapitalistischer Naturaneignung bricht; für eine kostenlose Verbreitung der Erneuerbaren-Technologien, vor allem in den globalen Süden; für eine bedürfnisorientierte, dezentrale und demokratische Energieversorgung, über die die ProduzentInnen und NutzerInnen unmittelbar bestimmen können. Dafür gilt es konkrete Interventionsmöglichkeiten auszuloten, wie eine Politik im und gegen das vorherrschende grüne Projekt aussehen könnte.

Hendrik Sander

Fels – Für eine linke Strömung

Ein Interview über „Castor? Schottern!“ unter veränderten Vorzeichen

ak: *Reaktorkatastrophe in Fukushima, Zurücknahme der AKW-Laufzeitverlängerung, Atomausstieg – seit letztem Jahr ist einiges passiert. Hat das Auswirkungen für eure Aktion?*

Mischa Aschmoneit: Die Anti-Atom-Bewegung rechnet mit insgesamt schwächeren Protesten als im Vorjahr. Das verwundert nicht, da doch SPD und Grüne, die letztes Jahr ebenfalls zu den Protesten mobilisiert hatten, dieses Jahr als Befrieder fungieren. Das hat Auswirkungen. Wir erreichen beispielsweise nicht mehr dieselbe mediale Aufmerksamkeit wie im Vorjahr. Auch möchten viele Menschen glauben, dass mit dem „Atomausstieg“ das Kapitel jetzt endlich beendet ist. Ist es aber nicht! Allein in Sellafeld warten bereits jetzt 21 Castoren auf ihren Abtransport. Und sogenannte moderne AKWs sollen noch jahrelang am Netz bleiben, dadurch jährlich Hunderte Tonnen hochgiftigen Atommüll produzieren. Doch zurück zum Schottern. Wir haben bislang eine Resonanz, die uns in der Planung unserer Aktion ermutigt. Wie viele Finger wir aufstellen können, an wie vielen Stellen wir ans Gleis kommen, das wird sich jedoch erst vor Ort im Wendland herausstellen.

Wenn ich dich richtig verstehe, rechnet ihr also mit weniger Menschen im Wendland. Wie wirkt sich das auf das Zusammenwirken der verschiedenen Protestgruppen aus?

Es gibt dieses Jahr eine gemeinsame Erklärung, die von allen Aktionsgruppen unterzeichnet wurde und in der wir vereinbart haben, dass wir uns solidarisch aufein-

ander beziehen. Zentraler Ausdruck unserer Aktionen soll es sein, zu zeigen, dass sich Tausende – höchst unterschiedliche – Menschen gemeinsam entschlossen haben, sich dem Castortransport in den Weg zu stellen.

Man knüpft also an die Erfahrungen des letzten Jahres an?

Ja. Dass im letzten Jahr der Castor so lange aufgehalten werden konnte, war nur dem Zusammenwirken der verschiedenen Aktionsformen zu verdanken. Die Rechnung ist simpel: Wenn die Polizei an sehr vielen Orten mit sehr vielen Menschen beschäftigt sein muss und dabei auch noch in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt wird, dann wird ihr Problem zunehmend unlösbar. Sich solidarisch aufeinander zu beziehen, ist daher etwas, das allen Aktivisten nützt.

Im letzten Jahr ging die Polizei massiv gegen „Castor! Schottern!“ vor. Was erwartet ihr in diesem Jahr?

Tja, die Ankunft des Atommülltransportes ist ja für das erste Adventwochenende angekündigt und bereits der Prophet Sacharja wandte sich an die Herrschenden und ihre Schergen mit den Worten „Kehrt um von euren verkehrten Wegen, macht



Dieselbe kapitalistische Denkweise bestimmt auch das staatliche und unternehmerische Handeln im Bereich der Energieerzeugung aus Kohle. Kohlekraftwerke sind – wie AKWs – Großtechnologien, die nur zentralisiert gesteuert und genutzt werden können. Millionen-schwere Kohlekraftwerke und AKWs gehören denselben vier Energieriesen.

Verheerende Folgen für Millionengewinne

Die negativen Folgen der Nutzung von Kohle als Energieträger sind immens. Insbesondere Braunkohle, aus der fast ein Viertel des deutschen Stroms gewonnen wird, verursacht große ökologische und soziale Schäden. Der Braunkohletagebau verwüstet ganze Landstriche und zerstört gewachsene soziale Strukturen in Dörfern und Gemeinden, wenn sie den Riesenbergern weichen müssen.

Die Verbrennung von Braunkohle ist die CO₂ intensivste Form der Energiegewinnung. Welche Folgen der Klimawandel mit sich bringen wird, können wir

bisher nur erahnen. Was wir heute schon sehen: massive Verluste der Biodiversität, Wetterextreme und Klimaflüchtlinge.

Die sozialen Spannungen in den Großstädten des Globalen Südens nehmen zu, auch weil „Stadtflüchtlinge“ aus nicht mehr bewirtschaftbaren, ländlichen Gebieten dorthin ziehen. Und wer sich, weil der Meeresspiegel steigt, auf die Reise Richtung Norden macht, trifft auf die Zäune der Festung Europa. Die Klimakrise hat die ärmsten Regionen dieser Welt längst erreicht.

Von der Anti-Atom-Bewegung lernen

Die Proteste gegen den Castortransport im Jahr 2010 erinnerten an die Kämpfe gegen Atomkraft in den frühen 1970er Jahren. Eben diese Kämpfe sind ein starkes Narrativ des linken Flügels der Anti-AKW-Bewegung. Die Anti-Kohle-Bewegung hat eine solche Geschichte des Widerstands nicht – weder im gesellschaftlichen Mainstream noch in der Linken.



„Unser Erfolg misst sich daran, wie viele Menschen sich selbst ermächtigen“

Die Kampagne „Castor? Schottern!“ will die Schiene zwischen Lüneburg und dem Verladebahnhof Dannenberg – dort fährt zu diesem Zeitpunkt kein anderer Zug – für den Atommülltransport unbefahrbar machen. Jeweils mehrere Hundert Menschen sollen dazu in Großgruppen an verschiedenen Stellen auf das Gleis gehen und mit ihren Händen Schottersteine unter den Schwellen entfernen. Über „Castor? Schottern!“ sprachen wir mit Mischa Aschmoneit. Er ist einer der Sprecher der Kampagne und aktiv in der interventionistischen Linken.

Schluss mit eurem bösen Tun!“ Wir sind da allerdings skeptisch und bereiten uns auf meteorologisches und polizeiliches Ungemach vor.

Was heißt das für Menschen, die sich am Schottern beteiligen wollen? Auf was müssen sie sich einstellen?

Es wird kalt sein, wir werden einige Kilometer gehen müssen und die Polizei wird uns hindern wollen, an unser Ziel zu gelangen. Unsere Aufgabe besteht darin, der Polizeigewalt auszuweichen und die Lücke in den Polizeiketten zu finden, die uns ermöglicht, an die Schiene zu kommen. Und ja, es gibt das Risiko, von der Polizei z.B. durch Pfefferspray verletzt zu werden. Dennoch denken wir, dass jeder Mensch, der sich mit den Risiken auseinandergesetzt hat und/oder mit seiner Bezugsgruppe an einem Training teilgenommen hat, mitkommen sollte.

Verstehe ich das richtig, dass es das selbe Aktionsbild wie im letzten Jahr gibt?

Wir bauen auf dem Aktionsbild des letzten Jahres auf – aber wir wollen ei-

niges ändern: Das Konfrontationsniveau mit der Polizei an der Schiene wollen wir, wenn möglich, reduzieren und auf keinen Fall steigern. Trotz allem werden wir ein Zusammentreffen mit der Polizei nicht vermeiden können, aber von uns wird dabei keine Eskalation ausgehen. Wir werden durch körperschützende Materialien – wie der Demokratieschutzfolie gegen Pfefferspray – unser Recht auf körperliche Unversehrtheit in Anspruch nehmen.

Die Ankunft der Castorbehälter in Gorbelen zu verhindern, wird wohl nicht gelingen. Zumindest ist das in den vergangenen Jahren nie gelungen. Woran misst ihr den Erfolg von „Castor? Schottern!“?

Wir wollen, dass der Castor erst gar nicht losfährt. Fährt er dennoch, wollen wir den Transport soweit erschweren wie nur möglich, ohne dabei mit uns und anderen verantwortungslos umzugehen. Unser Widerstand ist nicht auf Symbolik ausgelegt, wir riskieren Gesundheit und Strafverfolgung, weil wir

der Meinung sind, dass die Atomtechnik so gefährlich ist, dass wir sie stoppen wollen.

Was heißt das konkret?

Die Wirkmächtigkeit unserer Aktion hängt von der Beteiligung ab: Wären wir im letzten Jahr auch nur zweitausend schotternde Menschen mehr gewesen, wäre die Polizei am Ende ihrer Möglichkeiten gewesen. Unser Erfolg misst sich aber nicht nur an der Menge des Schotters, den wir unter den Schienen entfernt haben oder an der Verzögerung des Castors.

Unser Erfolg misst sich nicht zuletzt daran, wie viele Menschen sich selbst ermächtigen und nicht ausschließlich kritisieren, sondern so handeln, dass das kritisierte Übel überwunden wird. Dabei ist der Blick nicht nur auf das Adventwochenende, das Wendland und den Castor zu verengen, sondern auf die bessere Welt, die machbar ist, zu erweitern. Damit der Blick sich aber nicht in der Unendlichkeit verliert, macht es Sinn, sich zu erden. Das geht Ende November am besten im Wendland mit beiden Händen an den Schottersteinen unter den Bahnschwellen – und weg damit!

Unsere Energie ist nicht Eure Kohle!

Was macht eigentlich die Anti-Kohle-Bewegung?

Mit „Castor?Schottern!“ konnten im November vergangenen Jahres Tausende mobilisiert werden, die bereit waren, physisch gegen Atomkraft vorzugehen. Der Widerstand richtete sich nicht nur gegen eine unberechenbare Risikotechnologie. Er verkörperte und symbolisierte die massive Ablehnung kapitalistischer Wirtschaftsweise und eine Abrechnung mit staatlicher Politik.

Links: AktivistInnen feiern in Berlin den Verzicht des Baus eines neuen Kohlekraftwerks durch Vattenfall.

Foto: kohle-proteste.de

Kohle ist ein sozialer Mythos; es ist das Grubengold, das von den Kumpels hochgeholt wurde. Kohleöfen gelten bis heute als schicke Accessoires in Altbauwohnungen. Politisch steht Kohle hoch im Kurs, auch bei den Gewerkschaften. Und mit der Idee, CO₂ aus den Abgasen der Kohlekraftwerke abzuschneiden und unter die Erde zu pressen, kurz CCS (Carbon Capture and Storage), soll Kohlestrom jetzt sogar „klimaschützend“ werden. Dabei wissen wir längst: Die „Endlagerung“ von gefährlichen Abfällen der Stromproduktion ist keine Lösung.

Bisher ist der Anti-Kohle-Protest in Deutschland stark zergliedert und regional begrenzt. Er wird hauptsächlich von Bürgerinitiativen in von Abbaggerung betroffenen Gebieten und von Umweltorganisationen getragen. Daneben gab und gibt es anti-kapitalistische Gruppen, die in den letzten Jahren Kohle und Klimakrise in internationalistischer Perspektive problematisiert und thematisiert haben. Die versuchte Kraftwerksbesetzung in Hamburg-Moorburg 2008 etwa oder die Proteste anlässlich des Klimagipfels COP15 in Kopenhagen 2009.

Mit den Klimacamps diesen Sommer in der Lausitz und in Nordrhein-Westfalen ist es nun gelungen, einen ersten Brückenschlag zwischen antikapitalistischen Gruppen und regionalen Bürgerinitiativen herzustellen. Nicht immer konfliktfrei. Aber auch da kann gelernt werden von der Anti-Atom-Bewegung auf dem Weg zu einer starken linken Bewegung gegen Braunkohle, CCS und Klimawandel.

Der Kampf gegen Kohle muss ein antikapitalistischer Energiekampf werden

Eine linke Anti-Kohle-Bewegung muss Auseinandersetzungen um die Produktion, Verteilung und Konsumtion von Energie führen. Die Konzerne müssen enteignet werden. An ihre Stelle müssen demokratisch kontrollierbare Stadtwerke treten. In Hamburg und Berlin arbeiten Initiativen an der Rekommunalisierung der Energieversorgung. Diese Initiativen können durch radikale und aktionsorientierte Kampagnen aus dem linken Spektrum flankiert werden.

Der eigene Energiekonsum muss auf den Prüfstand. Dabei kann die Lösung nicht allein darin bestehen, den aktuellen Konsum durch ökologischeren zu ersetzen. Der gesamte Konsum muss radikal verringert werden, um damit dem Kapitalismus die Lebensgrundlage zu entziehen. Ein anderer Blick auf die Dinge, die wir aufgeben müssen, kann dabei helfen. Den Verzicht auf eine mit Autos verstopfte Straße wird sicher niemand beklagen.

Die materielle Basis der Kohleindustrie muss angegriffen werden. Kohlekraftwerke bieten einige Angriffspunkte für direkte, massenhafte Aktionen, mit denen die Produktion lahmgelegt werden kann. Wieso nicht mal mit Tausenden von AktivistInnen eine Kohlebahn schottern? Einen Anfang machten die Blockaden der Kampagne „Wer anderen eine Grube gräbt“ im Oktober 2010 und des Klimacamps NRW im August 2011.

Die Anti-Kohle-Bewegung braucht Aktionen und Symbole, die sie zusammenführt. Wir müssen Kohle zu Geschichte machen.

gegenstromberlin

Castor Stop – Gorleben soll leben!

Aufruf des Bündnisses gegen den Castor 2011

Acht Atomkraftwerke musste die Regierung abschalten, die Laufzeitverlängerung zurücknehmen – nach der entsetzlichen Reaktorkatastrophe von Fukushima hat die Anti-Atom-Bewegung große Erfolge errungen. Es waren erste Etappensiege – jetzt geht es weiter!

Wenn im Herbst der Castortransport ins Wendland rollt, wird damit der Atommüllstandort Gorleben weiter zementiert. Während die Regierung über ein Endlagergesetz entscheidet, fordern wir mit einer Großdemonstration das endgültige Aus für den Schwarzbau Gorleben. Demonstrieren Sie mit!

Atomtüll ohne Ende

Weltweit gibt es kein Endlager, das hochradioaktive Abfälle für eine Million Jahre sicher von der Biosphäre abschließt. Wie schnell die Endlagerpläne platzen, zeigen havarierte Atomtülllager. Die Asse säuft ab, Morsleben stürzt ein.

Mit Gorleben kommen sie nicht durch!

Der Endlagerstandort Gorleben wurde in den 1970er Jahren unter Ausschluss der Öffentlichkeit willkürlich ausgewählt – aus rein politischen Gründen. Im letzten November wurde die „untertägige Erkundung“ nach zehn Jahren Baustopp von Bundesumweltminister Röttgen wieder aufgenommen. Täglich werden dort Fakten geschaffen – trotz Wasser von oben und Gas von unten.

In diesem Herbst will die Regierung ein Endlagersuchgesetz beschließen. Es droht zu einem „Gorleben-Durchsetzungsgesetz“ zu werden – mit Kriterien, die Gorleben weiter als Endlagerstandort ermöglichen sollen. Wir fordern das endgültige Aus für das Endlagerprojekt im maroden Salzstock Gorleben!

Atomtransporte kreuz & quer

Wenn im November der nächste Castor aus La Hague nach Gorleben rollt, wird nur vorgetäuscht, in der Atomtüllentsorgung bewege sich was. Denn der Müll wird nur von A nach B gekarrt und in luftigen Hallen abgestellt. Ob nach Ahaus, Lubmin, Gorleben: Atomtransporte sind ein Risiko, das wir nicht hinnehmen können.

Atomkraft? Stilllegen!

Die Reaktorkatastrophe von Fukushima hat erneut gezeigt, dass Atomkraft nicht beherrschbar ist. Auch wenn uns die Abschaltung von acht Atommeilern freut: Wir streiten dafür, dass jetzt alle Atomkraftwerke bei uns und weltweit abgeschaltet werden, bevor der nächste GAU passiert. Wir fordern das Ende der Atomindustrie – von Uranabbau und -anreicherung bis zu den Atomexporten.

Die Alternativen sind da!

Die Regierung bleibt die angekündigte „beschleunigte Energiewende“ schuldig. Eine konsequente Energiewende wird nur in der Hand von kleinen und mittelständigen Unternehmen, Stadtwerken und BürgerInnen gelingen und nicht mit den vier großen Atomkonzernen, die Regierung und BürgerInnen erpressen. Die Zukunft gehört den Erneuerbaren Energien, Energiesparen und Effizienz.

Wir sind viele: Auf ins Wendland!

Die letzten Monate haben gezeigt: Eine Politik, die über die Köpfe der Menschen hinweg entscheidet und nur Konzerninteressen bedient, ist auf Dauer nicht durchsetzbar, wenn wir uns gemeinsam zur Wehr setzen. Allein durch Parlamentsbeschlüsse wird es kein Ende der Atomkraft geben – es braucht den Druck von der Straße. Stimmen wir ab, mit Händen und Füßen, wenn der nächste Castor ins Wendland rollt. Castor Stop – Gorleben soll leben!

ressen bedient, ist auf Dauer nicht durchsetzbar, wenn wir uns gemeinsam zur Wehr setzen. Allein durch Parlamentsbeschlüsse wird es kein Ende der Atomkraft geben – es braucht den Druck von der Straße. Stimmen wir ab, mit Händen und Füßen, wenn der nächste Castor ins Wendland rollt. Castor Stop – Gorleben soll leben!

Erstunterzeichner:

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, Bäuerliche Notgemeinschaft, contraAtom, widerSetzen, KURVE Wustrow, widerStands-Nest Metzingen, Kampagne „Castor? Schottern!“, ausgestrahlt, BUND, Campact, Robin Wood, AG Schacht Konrad

www.gorleben-castor.de

Weitere Informationen gibt es hier:

- www.baeyerliche-notgemeinschaft.de
- www.bi-luechow-dannenberg.de
- www.castor-schottern.net
- www.castor2011.org
- www.castor-suedblockade.de
- www.widersetzen.de
- www.x-tausendmalquer.de
- www.contraatom.de

Dokumentation

Castor? Schottern! – Das Aktionsbild

Wir werden im Herbst 2011 wieder mit Tausenden AktivistInnen als Aktion „Castor? Schottern!“ an die Schiene der Castortransportstrecke im Wendland ziehen mit dem Ziel, die Schiene durch das Entfernen des Schotters unbefahrbar zu machen.

Wir werden das, wie im vergangenen Jahr, massenhaft und angekündigt tun. Polizeikräfte werden versuchen, uns von unserem Vorhaben abzubringen, aber wir fokussieren uns nicht auf sie, denn unser Ziel ist die Schiene. Wo möglich werden wir Polizeiketten durch- oder umfließen, wo nötig werden wir uns hindurchdrücken.

Wir bauen auf dem Aktionsbild des letzten Jahres auf – aber wir wollen einiges anders machen: Das Konfrontationsniveau mit der Polizei an der Schiene wollen wir, wenn möglich, reduzieren und auf keinen Fall steigern. Wir werden die Aktion mehr in Raum und Zeit auffächern – wir wollen flexibler werden und stärker die Lücken in den Polizeiketten suchen. Trotzdem werden wir ein Zusammentreffen mit der Polizei nicht vermeiden können, aber von uns wird dabei keine Eskalation ausgehen. Wir werden durch körperschützende Materialien unser Recht auf körperliche Unversehrtheit in Anspruch nehmen. Bereitet Euch gut auf die Aktion vor! Nehmt euch ein paar Tage länger Zeit, bildet Bezugsgruppen und nehmt an Aktionstrainings teil.

Am 24. November 2011 wieder alle ins Wendland!

www.castor-schottern.net

IMPRESSUM Herausgeber: Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik e.V.
 Druck und Verlag: ak – analyse & kritik, Rombergstr. 10, 20255 Hamburg; Tel.: Redaktion / Verlag 040/401 701 74; Redaktion@akweb.de; www.akweb.de; V.i.S.d.P.: für diese Ausgabe G. Bauer, Verlagsanschrift; Auflage: 10.000

analyse & kritik – als Abo oder als Geschenk

www.akweb.de (Online-Bestellformular)

AbsenderIn
 Name _____ An
 Straße _____ **analyse & kritik**
 PLZ + Ort _____ **Rombergstraße 10**
 Land _____ **20255 Hamburg**
 E-Mail _____

3 Ausgaben von ak für nur 5 €!

(wenn nicht nach Erhalt der zweiten Ausgabe gekündigt wird, wird dieses Angebot automatisch zum Jahresabo)

Ich will **ak** im Abonnement beziehen.

(Ein Jahresabo umfasst derzeit 11 Ausgaben ak)

Aboart	halbjährliche Zahlungsweise	jährliche
Normalabo (Inland)	<input type="checkbox"/> € 27,-	<input type="checkbox"/> € 53,-
Förderabo	<input type="checkbox"/> €	<input type="checkbox"/> €
für Menschen mit geringem Einkommen (ohne Werbeförderung):		
Sozialabo	<input type="checkbox"/> € 19,-	<input type="checkbox"/> € 37,-
Zuschlag Abo Europa	<input type="checkbox"/> € 5,-	<input type="checkbox"/> € 10,-
Zuschlag Abo weltweit (Luftpost)	<input type="checkbox"/> € 8,-	<input type="checkbox"/> € 15,-

Ich will **ak** verschenken und trage die Geschenkadresse ein.
 (Das Abonnement ist auf den angegebenen Zeitraum, bzw. auf mindestens 1 Jahr befristet.)

Ich möchte eine andere Lieferadresse angeben.

ak soll geschickt werden an:

Name, Vorname _____
 Straße _____
 PLZ + Ort _____
 Land _____
 E-Mail _____

Zahlungsweise:

- Ich fülle die Einzugsermächtigung aus und lasse das Geld abbuchen
- Ich zahle nach Erhalt der Rechnung per Überweisung auf das Konto a-k-i, Verlag für analyse, kritik und information GmbH, Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 788 836-202 (Ausland: IBAN: DE 23 2001 0020 0788 8362 02 / BIC: PBNKDEFF)

Die Mindestlaufzeit eines Abonnements beträgt ein Jahr. Bis spätestens drei Wochen vor dem Ablauf des Bezugszeitraumes ist es schriftlich kündbar. Ich weiß, dass ich diese Bestellung binnen 14 Tagen (Poststempel) bei analyse & kritik widerrufen kann.

Ort, Datum _____ Unterschrift _____

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich a-k-i, Verlag für analyse, kritik und information GmbH, Hamburg, den von mir zu entrichtenden Abonnementspreis für die Zeitung **ak** bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos

KontoinhaberIn _____

Kto.Nr. _____ BLZ _____

bei der _____

mittels Lastschrift einzuziehen.

Ort, Datum _____ Unterschrift KontoinhaberIn _____

ak-Werbepremien

Ich habe **ak** für 1 Jahr abonniert bzw. ein Jahresabo verschenkt. Schickt mir bitte die angekreuzte Werbeförderung (Sozialabo ohne Werbeförderung)

- Der Reaktor. Roman zu Leiharbeit in französischen AKWs** von Elisabeth Filhol
- „Erinnerung“ an und für Deutschland. Dresden und der 13. Februar 1945** von Henning Fischer



akArchiv6. – die CD-ROM

akArchiv.6
Die
CD-ROM

